



Bern, 29. August 2020

RESOLUTION der Unterrichtenden und Kursleitenden im Privatsektor

Respekt für Erwachsenenbildung bedeutet sichere Anstellungsverhältnisse und anständige Löhne

Lebenslange Weiterbildung ist notwendig, um in einem sich stark ändernden beruflichen und gesellschaftlichen Umfeld die Arbeitsmarktfähigkeit der Einzelnen zu gewährleisten. In diesem Bereich spielen Privatanbieter eine wichtige Rolle. Davon gibt es in der Schweiz viele, und manche widmen sich in öffentlichem Auftrag der sozialen und beruflichen Integration (Vermittlung von Sprach- und Grundkompetenzen).

Ungenügender Schutz der Angestellten

Unterrichtende und Kursleitende haben sich am 29. August 2020 in Bern versammelt, um ihre Arbeitssituation bei privaten Anbietern zu bilanzieren. Das Fazit für diese qualifizierten Arbeitskräfte ist klar: Im Gegensatz zum öffentlichen Dienst sind die Arbeitsbedingungen des Lehrpersonals wenig, wenn überhaupt, geregelt. Das hat für die Angestellten gravierende Folgen.

Besonders betroffen sind Unterrichtende, die im Bereich von Sprachen und Grundkompetenzen arbeiten. Die Löhne sind niedrig, es wird hohe Flexibilität erwartet, der Beschäftigungsgrad ist gering resp. meistens sind gar keine Mindeststunden garantiert, sodass die Folgen von Kursannullierungen auf die Lehrkräfte abgewälzt werden.

Kurzum: Die Angestellten tragen einen Grossteil des unternehmerischen Risikos. Das haben nicht nur jetzt, im Kontext von Covid-19, viele von ihnen zu spüren bekommen.

Zudem ist es oftmals nötig, für zwei oder mehr Arbeitgeber zu arbeiten, um auf einen den Lebenskosten angemessenen Lohn zu kommen. Angesichts des niedrigen Beschäftigungsgrads pro Arbeitgeber sind die Möglichkeiten, in die zweite Säule einzuzahlen, gering und es besteht ein hohes Risiko, bei Rentenantritt in Armut zu geraten.

Löhne unter Druck

Bei der Vergabe von Leistungsverträgen zählt vor allem das Kriterium des Preises, während gleichzeitig die Anforderungen hinsichtlich Professionalisierung (geforderte Zertifizierungen) steigen. So etablieren sich über Ausschreibungen «Discounter»-Anbieter am Markt. All dies hat zur Folge, dass die Löhne gedrückt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Das bedeutet insbesondere: mehr Flexibilisierung, weniger fixe Pensen, Arbeit auf Abruf.

Qualitativ hochwertiger Unterricht erfordert gute Arbeitsbedingungen

Ein Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit verbindlichen Standards für alle Akteure garantiert würdige Arbeitsbedingungen. Denn gute Arbeitsbedingungen sind untrennbar mit einem hochwertigen Unterricht verbunden. Und ein GAV nützt nicht nur den Angestellten, sondern auch den seriösen Anbietern.

Die Unterrichtenden und Kursleitenden fordern heute:

- öffentliche Ausschreibungskriterien, die nicht nur den Preis berücksichtigen, sondern würdige Arbeitsbedingungen sowie die Qualität und die Professionalität des Unterrichts fördern
- den Einsatz der öffentlichen Hand zu Gunsten eines GAV für die Branche
- ein dezidiertes Engagement der Arbeitgebenden für sichere Anstellungsverhältnisse